Brexit – der Tragödie neunter Teil

Auf Grund des allzeit dominanten Themas – der COVID-19-Pandemie – sind manch andere Themen aus der Zeit vor Corona ein klein wenig in den Hintergrund geraten. So meiner Ansicht nach auch der Brexit. Da es bei den diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien neue Entwicklungen gibt, wollen wir im Folgenden mal wieder über den Themenkomplex Brexit sprechen:

Seit dem 1. Februar dieses Jahres ist Großbritannien offiziell kein Mitglied der Europäischen Union mehr.[1] Vollständig abgeschlossen ist der Brexit damit allerdings noch nicht. Das Vereinigte Königreich befindet sich aktuell in einer Übergangsphase. Wie im Austrittsvertrag geregelt wurde, muss sich Großbritannien noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres an das Unionsrecht halten. Ziel dieser Übergangsphase ist, die künftigen Beziehung Großbritanniens mit der EU zu verhandeln.[2]

Wie in den letzten Tagen bekannt wurde, versucht die Regierung von Premierminister Boris Johnson nun allerdings im Zuge eines nationalen Gesetzes, Regelungen aus dem bereits bestehendem Austrittsvertrag zu ändern. Bei dem geplanten „Binnenmarktgesetz“ der britischen Regierung geht es im Konkreten um die derzeitigen Regelungen zu Nordirland:[3]

Der bereits beschlossene und ratifizierte Austrittsvertag sieht vor, dass sich Nordirland weiterhin an die Regeln des EU-Binnenmarkts halten muss. Damit sollen innerirische Warenkontrollen und folglich auch eine innerirische Grenze verhindert werden. Eine Grenze zwischen Irland und Nordirland wäre nämlich nicht mit dem Karfreitagsabkommen vereinbar. Dieses Abkommen beendete 1998 den blutigen Nordirlandkonflikt.[4]

Nach dem EU-Austrittsvertrag wäre Nordirland somit nur Mitglied der britischen Zollunion, nicht aber Mitglied des britischen Binnenmarktes. Folglich käme es also zu Warenkontrollen zwischen Nordirland und dem Rest Großbritanniens. Das „Binnenmarktgesetz“ von Boris Johnson sieht nun allerdings vor, dass Nordirland auch Teil des britischen Binnenmarkts sein soll, was den Regelungen aus dem bereits bestehendem Austrittsvertrag jedoch diametral widerspricht.[5]

Die britische Regierung hat selber zugegeben, dass die neuen Vorhaben aus dem geplanten „Binnenmarktgesetz“ eine Verstoß gegen den Austrittsvertrag und damit auch gegen internationales Recht wären.[6] Die EU-Kommission kritisierte das aktuelle Vorgehen Großbritannien im Bezug auf das „Binnenmarktgesetz“ scharf. Sollte Großbritannien das geplante Gesetz dennoch umsetzen, würde dies hohe Geldstrafen nach sich ziehen.[7]

---

[1] https://www.tagesschau.de/ausland/brexit-johnson-rede-103.html
[2] https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/Brexit/brexit-uebergangsgesetz/2119360
[3] https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-brexit-bitterer-streit-schmaelert-chancen-auf-handelspakt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200910-99-499142
[4] https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-brexit-bitterer-streit-schmaelert-chancen-auf-handelspakt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200910-99-499142
[5] https://www.tagesschau.de/ausland/binnenmarktgesetz-brexit-101.html
[6] https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-09/brexit-abkommen-aenderung-verstoss-internationales-recht-grossbritannien
[7] https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-grossbritannien-brexit-binnenmarktgesetz-1.5027665

Simon und ich wollen im Folgenden diskutieren, wie Boris Johnsons aktuelle Politik zu verstehen ist.[8]

[8] https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-09/brexit-verhandlungen-grossbritannien-eu-streit-vertragsbruch